



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion

hier: Handlungsoptionen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselmotorkraftfahrzeuge

2. Lesung des Antrages der SPD-Fraktion

Beratungsfolge:

08.05.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Rat bekräftigt seine Auffassung, dass ein Fahrverbot für Dieselmotorkraftfahrzeuge in Hagen mit den dazu erforderlichen Mitteln zu vermeiden ist.
- 2) Die im Luftreinhalteplan der Bezirksregierung für Hagen festgeschriebenen Maßnahmen sind mit Priorität umzusetzen.
- 3) Dazu werden folgende Maßnahmen vom Rat beschlossen:
 - a. Die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen werden verpflichtet, kurzfristig alle PKW und leichteren LKW Transporter durch E-Fahrzeuge zu ersetzen. Dabei ist in Zusammenarbeit mit WBH auch ein Leasing-Modell zu prüfen.
 - b. Vorhandene Diesel-LKW sind – sofern sie nicht der Euronorm 6 entsprechen - nachzurüsten.
 - c. Die Hagener Straßenbahn AG wird beauftragt,

1. Park-and-Ride-Fahrten montags bis samstags in der Zeit von 6.30 Uhr bis



- 21.00 Uhr in einem Rhythmus von 15 Minuten zur Stadtmitte vom Höing (Parkplatz Sportanlage Ischeland) und aus dem Hagener Süden (evtl. Parkplätze am Freilichtmuseum) einzurichten
2. auf allen Linien einen durchgehenden Betrieb von Betriebsaufnahme bis 22.00 Uhr zu gewährleisten, insbesondere die Unterbrechung in den Morgenstunden hat zu entfallen.

Die Maßnahmen zu a) und b) sind bis spätestens Ende 2019 zu realisieren. Die ÖPNV-Maßnahmen sind bis Ende Oktober 2018 umzusetzen, ein entsprechender zusätzlicher Fahrplanwechsel ist durchzuführen.

- 4) Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit den Vertretern der Taxi- und Mietwagenverbände einvernehmlich zu klären, ob und in welchem Umfang Konzessionen für Taxi- und Mietwagenunternehmen in Hagen an den Betrieb von E-Fahrzeugen gekoppelt werden können. Es ist außerdem zu klären, ob die Fahrten der Taxen / Mietwagen in die Innenstadt oder das Nutzen von Standplätzen in der Innenstadt auf E-Fahrzeuge beschränkt werden können.
- 5) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die bisher von den einzelnen Fraktionen bzw. der Verwaltung unterbreiteten Vorschläge zur Verbesserung der Luftqualität in einer Gesamtvorlage zusammenzufassen und Maßnahmen zur Realisierung zu unterbreiten. Dazu sind auch Maßnahmen aus anderen betroffenen Städten (z.B. Stuttgart) mit einzubeziehen.

Zur Umsetzung der Ziffern 4 und 5 ist eine beschlussreife Vorlage für die Sitzung des Rates im Mai 2018 zu erstellen.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.



Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒

sind nicht betroffen

☐

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Georg Panzer
im Hause

Hagen, 24. April 2018

**Handlungsoptionen nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur
Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselmotorkraftfahrzeuge
Hier: 2. Lesung des Antrages der SPD Fraktion**

Sehr geehrter Herr. Panzer,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des
Umweltausschusses, gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 8. Mai 2018

Beschlussvorschlag

des

Ausschusses für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

an den

Rat der Stadt Hagen

- 1) Der Rat bekräftigt seine Auffassung, dass ein Fahrverbot für Dieselmotorkraftfahrzeuge in Hagen mit den dazu erforderlichen Mitteln zu vermeiden ist.
- 2) Die im Luftreinhalteplan der Bezirksregierung für Hagen festgeschriebenen Maßnahmen sind mit Priorität umzusetzen.
- 3) Dazu werden folgende Maßnahmen vom Rat beschlossen:
 - a. Die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen werden verpflichtet, kurzfristig alle PKW und leichteren LKW Transporter durch E-Fahrzeuge zu ersetzen. Dabei ist in Zusammenarbeit mit WBH auch ein Leasing-Modell zu prüfen.
 - b. Vorhandene Diesel-LKW sind – sofern sie nicht der Euronorm 6 entsprechen - nachzurüsten.
 - c. Die Hagener Straßenbahn AG wird beauftragt,
 1. Park-and-Ride-Fahrten montags bis samstags in der Zeit von 6.30 Uhr bis 21.00 Uhr in einem Rhythmus von 15 Minuten zur Stadtmitte vom Höing (Parkplatz Sportanlage Ischeländ) und aus dem Hagener Süden (evtl. Parkplätze am Freilichtmuseum) einzurichten

2. auf allen Linien einen durchgehenden Betrieb von Betriebsaufnahme bis 22.00 Uhr zu gewährleisten, insbesondere die Unterbrechung in den Morgenstunden hat zu entfallen.

Die Maßnahmen zu a) und b) sind bis spätestens Ende 2019 zu realisieren. Die ÖPNV-Maßnahmen sind bis Ende Oktober 2018 umzusetzen, ein entsprechender zusätzlicher Fahrplanwechsel ist durchzuführen.

- 4) Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Gesprächen mit den Vertretern der Taxi- und Mietwagenverbände einvernehmlich zu klären, ob und in welchem Umfang Konzessionen für Taxi- und Mietwagenunternehmen in Hagen an den Betrieb von E-Fahrzeugen gekoppelt werden können. Es ist außerdem zu klären, ob die Fahrten der Taxen / Mietwagen in die Innenstadt oder das Nutzen von Standplätzen in der Innenstadt auf E-Fahrzeuge beschränkt werden können.
- 5) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die bisher von den einzelnen Fraktionen bzw. der Verwaltung unterbreiteten Vorschläge zur Verbesserung der Luftqualität in einer Gesamtvorlage zusammenzufassen und Maßnahmen zur Realisierung zu unterbreiten. Dazu sind auch Maßnahmen aus anderen betroffenen Städten (z.B. Stuttgart) mit einzubeziehen.

Zur Umsetzung der Ziffern 4 und 5 ist eine beschlussreife Vorlage für die Sitzung des Rates im Mai 2018 zu erstellen.

Begründung:

Die Luftqualität in Hagen ist kurzfristig deutlich zu verbessern, die Grenzwerte müssen eingehalten werden.

Alle Anstrengungen sind darauf zu richten, dieses Ziel zu erreichen.

- Ziel ist nicht auf die Umsetzung von rechtlich möglichen Fahrverbotten hinzuarbeiten.
- Ziel ist es, Fahrverbote zu vermeiden und die Grenzwerte einzuhalten.

Die dargestellten Maßnahmen sind geeignet, das zu erreichen.

Die dafür erforderlichen Mittel sind bereitzustellen.

Die Umsetzung des Luftreinhalteplans ist eine Pflichtaufgabe der Stadt.

Der Antrag ist in der Sitzung des Ausschusses im März nicht abschließend behandelt worden, von daher erfolgt die Antragstellung für die Sitzung im Mai.

Mit freundlichen Grüßen



Werner König
SPD-Ratsfraktion